



Niederschrift

17. Plenarsitzung des Gemeinderates
25. November 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 10 der Tagesordnung: Übernachtungsteuer (City Tax) in der Stadt Karlsruhe - Zusammensetzung und Geschäftsordnung des City Tax Beirats
Vorlage: 2025/0923

Punkt 10.1 der Tagesordnung: Übernachtungsteuer (City Tax) in der Stadt Karlsruhe - Zusammensetzung und Geschäftsordnung des City Tax Beirats
Änderungsantrag: GRÜNE
Vorlage: 2025/0923/1

Punkt 10.2 der Tagesordnung: Übernachtungsteuer (City Tax) in der Stadt Karlsruhe - Zusammensetzung und Geschäftsordnung des City Tax Beirats
Änderungsantrag: CDU
Vorlage: 2025/0923/2

Punkt 10.3 der Tagesordnung: Übernachtungsteuer (City Tax) in der Stadt Karlsruhe - Zusammensetzung und Geschäftsordnung des City Tax Beirats
Interfraktioneller Änderungsantrag: Die Linke, Volt
Vorlage: 2025/0923/3

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt die Sachdarstellung zur City Tax zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat beschließt die Einrichtung des City Tax Beirats und gibt ihm die als Anlage 1 beigefügte Geschäftsordnung.

Abstimmungsergebnis:

TOP 10: Mehrheitliche Zustimmung (21 Ja, 18 Nein)
TOP 10.1: Mehrheitliche Zustimmung (20 Ja, 19 Nein)
TOP 10.2: Mehrheitliche Ablehnung (16 Ja, 23 Nein)
TOP 10.3: Mehrheitliche Ablehnung (19 Ja, 20 Nein)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 10 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Kulturausschuss am 11. November 2025 (10.).

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Beim Beschluss der Übernachtungssteuer im März haben wir als Gemeinderat der Verwaltung den Auftrag gegeben, diese Vorlage zu erstellen, sich Gedanken zu machen, wie dieser Beirat aussehen könnte. Das ist jetzt innerhalb dieser Frist passiert, deswegen an dieser Stelle einmal sehr vielen herzlichen Dank. Vielleicht geht es immer so mit dieser Bearbeitung. Wir GRÜNE wollen die Gewerkschaften und eine Vertretung aus der Jugend gerne mit am Tisch wissen, deshalb stellen wir hier diesen Änderungsantrag zur Zusammensetzung. In der Vorlage steht bei den Überlegungen zu den Gewerkschaften, dass die Sachexpertise im Vordergrund stehe. Und genau darum geht es. Genau deswegen wollen wir neben der Sicht der Arbeitgeber*innen auch die Sicht der Arbeitnehmer*innen gleich direkt am Tisch vertreten wissen. Auch ihre Fachexpertise wollen wir dort verankert haben.

Eine weitere Perspektive, die aus unserer Sicht diesem Tisch, diesem Beirat nicht schaden würde, um zumindest in puncto Alter eine gewisse Vielfalt reinzubringen, ist die Stimme der Jugend. Auch ihre Perspektive würden wir hier in dieser gemeinsamen Attraktivitätssteigerung unserer Stadt gerne vertreten wissen. So haben wir wenigstens in puncto Alter eine gewisse Vielfalt. Deswegen werbe ich an dieser Stelle für unseren Änderungsantrag.

Karlsruhe ist eine attraktive und vielfältige Stadt, hat ein super Angebot in Sachen Kultur, Sport, Event, aber auch in puncto Erholung. Vielen Dank an dieser Stelle an alle, die daran mitwirken, die Vereine, die Träger, aber auch zum Beispiel die Beherbergungsbetriebe und die beherbergenden Personen. Wir arbeiten gerne weiter daran, dass Karlsruhe auch für Besucher*innen so liebenswert bleibt.

Stadtrat Bunk-Merkel (CDU): Die City Tax allein bringt schon einen erheblichen bürokratischen Aufwand mit sich, sowohl für die betroffenen Hotelbetriebe als auch für die Stadtverwaltung. Jetzt sollen wir auch noch einen mehr als 20-köpfigen Beirat einsetzen, das ist alles andere als unbürokratisch. Die Grundidee, einen fachlichen Beirat einzusetzen, der Maßnahmen erarbeitet, um die touristische Attraktivität unserer Stadt zu steigern, ist richtig. Der Beirat soll aber ein Fachgremium sein, das den beschließenden gemeinderätlichen Gremien Vorschläge macht. Hauptkriterium für die Besetzung dieses Beirats muss deshalb die fachliche und die praktische Expertise sein und nicht politische Überzeugungen. Es ist nicht sinnvoll, wenn der beratende Beirat schon fast zur Hälfte aus Vertretern dieses Gemeinderats besteht. Wer weiß besser, warum Gäste in Karlsruhe übernachten und was neue Gäste nach Karlsruhe zieht, als die Hoteliers, die diese Menschen hier beherbergen. Außerdem sind es auch die Hoteliers, die organisatorisch und wirtschaftlich durch die Einführung der City Tax belastet sind und die Steuer an die Stadt abführen.

Im Frühjahr gab es eine Einigung zur Einführung der City Tax, hinter die sich letztlich auch der DEHOGA gestellt hat. Der DEHOGA selbst hat sich statt einer prozentualen Abgabe aus markttechnischen Gründen sogar für eine pauschale Abgabe ausgesprochen, die noch Steuereinnahmen einbringt. Vor diesem Hintergrund sind die Beträge, für deren Verwendung der Beirat Vorschläge machen soll, eigentlich ohnehin viel zu gering. Jedenfalls ist es aber jetzt an der Zeit, dass wir die Hoteliers, die Fachleute aus der Praxis ernsthaft in die Verwendung der City Tax-Gelder einbinden und ihre Expertise nutzen, um die touristische Attraktivität Karlsruhes tatsächlich zu steigern. Das geht nur mit einem schlanken und effektiven Fachbeirat und nicht mit einem aufgeblähten und politisch dominierten Gremium.

Deshalb beantragen wir, die Zahl der gemeinderätlichen Beiratsmitglieder zu halbieren. Die Änderungsanträge der GRÜNEN und von Volt und den Linken lehnen wir folglich ab.

Stadtrat Tröndle (SPD): Im Ziel, mit der Übernachtungssteuer Gäste, die in Karlsruhe übernachten, an den Kosten für Maßnahmen und Projekte zur Förderung des Tourismus und der touristischen Infrastruktur zu beteiligen, sind wir uns alle einig und auch über die Bildung eines Beirats, der über verausgabte Mittel hinaus zweckorientierte Verwendungsvorschläge zur Steigerung der touristischen Attraktivität für die gemeinderätlichen Gremien arbeitet.

Zunächst will ich im Namen der SPD-Fraktion der Verwaltung für die Vorlage danken, in der sie die Verwendung der Mittel und die Zusammensetzung des Beirats konkretisiert und für Letzteres auch ein disponibles Budget vorsieht. Doch jetzt kommt die Gretchenfrage. Keine Einmütigkeit besteht in der Zusammensetzung des Beirats. Das ist immer so eine Sache mit der Bildung eines Beirats. Will ich eine möglichst große, eine fachliche Beteiligung der auf dem jeweiligen Gebiet relevanten Akteure oder will ich ein überschaubares, nach Kriterien der Effizienz zusammengestelltes Gremium? Die Verwaltung hat nach bestem Wissen und Gewissen einen Vorschlag über die Zusammensetzung des Beirats erarbeitet, der wenn ich es richtig gezählt habe, 21 Stimmberechtigte und 3 beratende Mitglieder vorsieht. Das spricht für die Überlegung einer möglichst breiten Beteiligung, denn der Vorschlag hat einen Beirat zur Folge, der zahlenmäßig der Hälfte des Gemeinderats entspricht. Wenn wir diesen Weg gehen wollen, dürfen wir aber die Vertretung von Arbeitnehmern und der Jugend nicht vergessen. Und so schließt sich die SPD-Fraktion gerne dem Änderungsantrag der GRÜNEN an, diese beiden Vertretungen in den Beirat mit aufzunehmen.

So, jetzt kommt die andere Seite. Gleichzeitig wollen wir das Gremium, das Empfehlungen für Verwaltung und gemeinderätliche Gremien erarbeitet, aber auch nicht weiter aufblähen. Deshalb können wir auch dem Änderungsantrag der CDU, die gemeinderätlichen Vertretungen im Beirat auf vier zu reduzieren, auch folgen. Das ist für uns kein Widerspruch. Damit zunächst einmal herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtrat Schnell (AfD): Laut Vorlage soll hier ein Beirat eingerichtet werden, der sage und schreibe aus 20 Mitgliedern bestehen soll und, als ob das noch nicht genug wäre, noch drei weitere beratende Mitglieder zusätzlich. Und was soll und darf dieser Beirat dann machen? Er soll – Zitat - über die bereits verausgabten Mittel hinaus jährlich zweckorientierte Verwendungsvorschläge zur Steigerung der touristischen Attraktivität Karlsruhes für die zuständigen gemeinderätlichen Gremien erarbeiten, also nur Vorschläge erarbeiten und was mit einem Teil der City Tax-Einnahmen realisiert werden könnte. Wobei ganz klar ist, dass die Entscheidung, was mit diesem Geld gemacht wird, dann letztendlich im Gemeinderat fällt und der selbstverständlich die Freiheit hat, diese Vorschläge in Teilen oder vollständig abzulehnen und darüber hinaus auch selbst Anträge zu stellen.

Nach unserer Ansicht ist ein 23-köpfiges Gremium, das die GRÜNEN auch noch durch einen Gewerkschaftsvertreter und einen vom Stadtjugendausschuss erweitert sehen wollen, viel zu groß. Unserer Ansicht nach sollte das Gremium, das, um das noch einmal zu betonen, nicht entscheidungsbefugt ist, sondern nur Vorschläge erarbeitet, nicht mehr als zwölf Personen umfassen. Daher lehnen wir die Vorlage und erst recht den Änderungsantrag der GRÜNEN ab.

Zum Antrag der CDU muss ich sagen, das ist die richtige Richtung. Weil hier aber partout die Zählgemeinschaft mit einbezogen werden soll, müssen wir auch diesen aus AfD-Sicht ablehnen.

Stadtrat Berghoff (Die Linke): Zuerst vielleicht noch, dass wir den Vorstoß der GRÜNEN, eine/n Vertreter*in einer Gewerkschaft und des Stadtjugendausschusses in dieses Gremium zu holen, begrüßen und auch unterstützen.

Der nächste Punkt wäre unser eigener, jetzt interfraktioneller Änderungsantrag, den wir quasi als Schnellschuss heute noch eingebracht haben, nachdem wir erfahren haben, dass die gesamte Volt-Fraktion erkrankt ist. Für die Form muss ich mich, glaube ich, ein bisschen bei den Ratsangelegenheiten entschuldigen. Das war wirklich eine Sache von 30 Sekunden. Volt hat sich für die Zulassung nicht-gemeinderätlicher Mitglieder in diesem Beirat ausgesprochen, was wir befürworten, zum einen, weil da auch Expertise herrscht, zum anderen insbesondere, weil es sich um ein beratendes Gremium handelt und die Entscheidung letztendlich im Gemeinderat bestätigt werden muss. Wir hätten dem Antrag von Volt zugestimmt und haben deshalb heute kurzerhand nach Rücksprache entschlossen, die Änderung kurz vor knapp noch einzubringen.

Zuletzt bleibt mir noch zu sagen, dass wir eine Verkleinerung, die lediglich den großen Fraktionen Zugang ermöglichen soll, ablehnen, weil Verschlanken ist immer leicht, wenn man nicht selbst betroffen ist.

Stadträtin Döring (KAL): Der heute einzurichtende City Tax-Beirat soll zweckorientierte Verwendungsvorschläge zur Steigerung der touristischen Attraktivität Karlsruhes erarbeiten und dann dem Gemeinderat zum Beschluss vorlegen. Seine Zusammensetzung orientiert sich deshalb an der touristischen Expertise und an politischer Entscheidungshoheit, weil wir sollen sie am Schluss dann auch absegnen. Unserer Fraktion ist es ein besonderes Anliegen gewesen, eine Vertretung des Kulturrings im Beirat zu haben. Deshalb auch vielen Dank, dass diese Anregung, die von einer großen Mehrheit hier im Gemeinderat geteilt wird, aufgenommen wurde. Menschen kommen aus ganz unterschiedlichen Gründen nach Karlsruhe, und ein wichtiger Grund ist eben auch der Besuch von Kulturveranstaltungen. Wir stimmen heute auch der Aufnahme einer Vertretung der Gewerkschaften und der Jugend in den Beirat zu und stimmen gegen die Verkleinerung der Fraktionsvertretungen. Zumindest kann bei der Größe von dem Beirat dann auch niemand behaupten, es würde hier im kleinen Kreis hinter verschlossenen Türen irgendwas geklüngelt werden.

Allerdings sollten allen entsandten Mitgliedern des Beirats klar sein, zu welchem Zweck der Beirat zusammenkommt. Es geht hier um die Förderung der touristischen Attraktivität der Stadt Karlsruhe und letztlich nur um 400.000 Euro, die verteilt werden sollen. Und dann sollten wir uns auch als Gemeinderat in die Pflicht nehmen und den Empfehlungen des Beirats folgen, weil sonst können wir uns den ganzen Aufwand nämlich auch sparen.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung. Da die drei Änderungsanträge alle inhaltlich unabhängig voneinander sind, kann ich die einfache Reihenfolge nach hier erst einmal zur Abstimmung stellen, bevor wir uns dann mit der veränderten oder nicht veränderten Beschlussvorlage beschäftigen.

Deswegen rufe ich zunächst auf 10.1. Das ist der Änderungsantrag der GRÜNEN. Der geht zum einen um zusätzliche Vertretung der Gewerkschaften und auch des Stadtjugendausschusses und bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Gut, also es gibt jetzt eine Person, die mitgewählt hat, aber es falsch angezeigt ist, sehe ich das richtig? Zwei. Gut, dann machen wir die Abstimmung einfach noch einmal, bevor wir jetzt anfangen, da herumzurechnen. Also noch einmal jeder das Fingerchen auf dem richtigen Knöpfchen, und wir wählen ab jetzt. So, ich glaube, wir müssen es noch einmal machen. Können wir jetzt erstmal die technische Situation lösen? Also, dann machen wir, aller guten Dinge sind drei, nochmal eine Abstimmung. Und zwar ab jetzt. – Also ich glaube, es gibt jetzt niemanden, der fehlt. Und dass ich den Herr Müller nicht gesehen habe, lag daran, dass er nicht da ist. Insofern liegt es doch nicht an mir. Das ist schon einmal ganz beruhigend. Gut, also damit ist der Antrag zwar knapp, aber er ist mehrheitlich angenommen. Da sind wir uns jetzt alle einig, okay.

Dann rufe ich auf 10.2. Das ist der Änderungsantrag der CDU mit dem Begehrt, die Anzahl der Fraktionen zu verkleinern in diesem Beirat. Darüber stimmen wir jetzt ab, und zwar ab jetzt. – So, da findet sich jetzt hoffentlich auch wieder jeder an der richtigen Stelle. Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Jetzt kommt der 10.3, das ist der interfraktionelle Antrag der Linken und von Volt, dass man auch nicht nur Stadträtinnen und Stadträte, sondern auch andere Mitglieder entsenden kann. Und da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Damit haben wir jetzt die Beschlussvorlage der Verwaltung, die dahingehend verändert ist, dass wir jetzt noch eine Vertretung der Gewerkschaften und eine Vertretung der Jugend / Stadtjugendausschuss in den Beirat zusätzlich einladen und einbinden werden. Und darüber bitte ich Sie jetzt abzustimmen, ab jetzt. – Das sind auch wieder 39, das passt. Damit wären wir bei einer mehrheitlichen Annahme dieser so veränderten Beschlussvorlage, vielen Dank.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
11. Dezember 2025